



Freie Demokratische Partei Fraktion im Rat von Odenthal

Dr. Wolfgang Picht, Am Berg 19 - 02202-97347 + -79860
Frau Christa Lichtenberg, Am Geußfelde 16 - 02174-41714

14.03.04

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder, sehr geehrte Zuhörer.

Das zurückliegende Jahr war extrem arbeitsreich für jeden, der sich ernsthaft und gründlich mit den zu treffenden Entscheidungen, den zu behandelnden Problemen und der Zukunftsgestaltung der Gemeinde beschäftigt hat. Bei der zahlenmäßig nicht so großen FDP-Fraktion gibt es keine Spezialisten-Teams, sondern jedes unserer Ratsmitglieder und jeder sachkundige Bürger muss sich mit allem was anfällt generell intensiv befassen, muss also Generalist sein. Der Zeitaufwand für das einzelne Fraktionsglied ist deshalb erheblich.

Da verdrießt es dann besonders, wenn umfangreiche und für erhebliche Geldsummen vergebene, externe Aufträge mangelhaft ausgeführt wurden – aus den unterschiedlichsten Gründen. Wir haben den Eindruck gewinnen müssen, dass die Auftragsergebnisse in der Verwaltung nicht sonderlich kritisch gelesen und hinterfragt werden. Wenn die eigentliche Arbeit nicht intern gemacht werden kann, die gründliche Prüfung ist unsere Mindestforderung. Wir mussten z.T. die Erkenntnis gewinnen, dass Ausführung und Inhalt wenig interessierten - Hauptsache die Richtung stimmte.

Beispiele:

Im Schulentwicklungsplan wurden uns völlig veraltetes Zahlenmaterial präsentiert. Die Nachbesserung ist immer noch nicht gerade optimal zu nennen.

Der Brandschutzbegleitplan war auch kein Glanzstück, er sollte wohl eher dazu dienen, die leider vorhandenen Probleme zu verschleiern.

Die verschiedenen Erläuterungsberichte für den zu überarbeitenden FNP waren hinsichtlich Rechtschreibung und Grammatik leider ungenügend und bei den Prognosen und Berechnungen fehlerhaft oder zumindest höchst zweifelhaft, weil zur Begründung herangezogenes Zahlenmaterial fehlerhaft war, oder falsch interpretiert wurde. Aber das kritische Lesen bleibt wohl den Ratsmitgliedern und schließlich den Bürgern überlassen – der Bürgermeister ist offensichtlich zufrieden, wenn nur der gewünschte hohe Flächenbedarf ausgewiesen wird, und der Planer, wenn das Honorar stimmt.

Meine Damen und Herren. Für derart schlechte Arbeit haben wir kein Verständnis und eben auch kein Geld, in der Zukunft schon gar nicht.

Hier will ich nicht auf Details eingehen, nur noch eine Bemerkung machen: In der Diskussion im Planungsausschuss wurde von der CDU abgewiegelt: für die prognostizierte Netto-Zuwanderung von ca 700 Personen bis 2017 würde man ja nur rund 140 neue Häuser benötigen. Warum dann aber rund 70 ha Bauland? Das ergäbe Grundstücksgrößen von 3.500 m², wenn man das benötigte Straßenland schon mit einem Flächenanteil von 30% berücksichtigt. Da stimmt doch was nicht!

Und ohne die Proteste der Bewohner aus den verschiedenen Ortsteilen wären sicher noch weitere große ha-Flächen in den FNP einbezogen worden.

Einige Beispiele mit unbefriedigendem Ergebnis, z.B. bei verschiedenen Baumaßnahmen in der Gemeinde:

Dass die Schule in Eikamp nun eine Aula, sowie zwei kleinere Klassenräume bekam, sehen wir positiv, auch architektonisch ist die Gebäudehülle zu loben. Weniger einige Details. So kritisieren wir den Bühnenbereich, der nicht mit einem Außenzugang mit ein paar Stufen realisiert wurde, wie von der FDP vorgeschlagen und von allen im Ausschuss auch akzeptiert. Nachträglich kann die unglückliche Lösung nicht mehr korrigiert werden, oder nur mit erheblichem Finanzaufwand. Hoffentlich hat man für das Vorhaben an der Schule Blecher daraus gelernt! Auf das Untergeschoß in Eikamp will ich lieber nicht zusprechen kommen.

Fehlentscheidungen bzw. Fehlplanungen lassen sich oft nicht oder nur kostenintensiv reparieren. Noch ist das riesige Pflegeheim erst teilweise belegt, da zeigt sich, wie vorausgesagt, dass erforderliche Parkplätze fehlen. Die Verantwortung dafür liegt aber bei der Gemeinde! Auf Vorgaben des Landes kann man sich nicht mehr berufen, wie das jetzt wieder geschieht. Dies hatte die FDP aber bereits damals ausgeführt: das Land macht keine Vorgaben mehr, es spricht nur noch Empfehlungen aus, hat die Verantwortung den Kommunen übertragen. Wir hatten dringend den Bau einer Tiefgarage empfohlen, das ist leider versäumt worden, da hilft noch nicht einmal sehr viel Geld, um das Problem zu lösen.

Nun zu den Finanzen der Gemeinde im kommenden Jahr und damit zum Haushaltsentwurf 2004.

Durch zuletzt geringfügig erhöhte Landes-Zuweisungen bzw. günstigere Prognosen für die sonstigen Einnahmen wurde der Haushalts-Entwurf in einigen Punkten korrigiert. Auch in Punkten, die wir in den Vorbesprechungen bereits kritisiert hatten. So wurde die geplante Tilgungssteckung auf unsere dringenden Hinweise hin gestrichen. Wir hatten dem Kämmerer und dem Beigeordneten in grafischen Darstellungen aufgezeigt, welche zeitliche Verlängerung bei der Kredit-Tilgung und welche Kreditverteuerung sich ergeben hätte. Auch die unkorrekte Einbeziehung der Einnahme aus den Folgelastenvereinbarungen in den Verwaltungshaushalt wurde herausgenommen, und nun als Einnahme korrekt im Vermögenshaushalt gebucht.

Unsere Anträge, die Hebesätze auf die unumgängliche, vom Land diktierte Höhe wieder abzusenken, wurde nicht gefolgt. Auch der Antrag, ein Konzept zu entwickeln, die Personalkosten längerfristig um 10% zu senken, fand keine Mehrheit. Man habe den Personaleinsatz und die Kosten schon optimiert, da gäbe es nichts zu verbessern. Nun ja, das können wir nicht recht nachvollziehen. Der uns präsentierte Einsatz von 400 •-Beschäftigungen kann im Einzelfall nicht nur preiswert sondern durchaus zweckmäßig sein, weil damit die Vertretung bei den Schul-Hausmeistern sicher gut zu regeln ist. Doch diese 400 •-Personen sind ja nicht in dem Stellenplan ausgewiesen – die Transparenz wird für die Ratsmitglieder dadurch erheblich verschleiert.

Nicht sicher sind wir, ob unsere Anfrage zum Verbot kreditfinanzierter Rücklagen-Entnahmen endgültig beantwortet ist. Das Land, für welches das Verbot nun eindeutig gilt, fand einen neuen Trick: in dem Doppelhaushalt 2004/05 wird das Wahljahr 2004 positiver ausgewiesen, als es eigentlich möglich ist, indem das Jahr 2005 kreditbelastet wird. Nicht die Banken, sondern die Kommunen sind nun Kreditgeber. Noch ist nicht sicher, ob diese

Kreditfinanzierung nicht gleichfalls dem Verbot unterliegt, die erneute Einreichung einer Klage wird zumindest bereits diskutiert.

Erfreut hat uns, dass wir im zweiten Anlauf dann doch noch erreicht haben, die Jugendarbeit der zentralen Bibliothek durch einen kleinen Zuschuss - wie schon im letzten Jahr - zusätzlich zu unterstützen.

Positiv ist auch, dass Odenthal, wenn nicht noch weitere Einbrüche bei den Einnahmen passieren, oder zusätzliche Ausgaben auf die Gemeinde zukommen, einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen kann. Odenthal ist eine der ganz wenigen Kommunen, die für 2004 kein Haushaltssicherungskonzept erarbeiten muss, geschweige denn, dass - wie das bei vielen Kommunen inzwischen üblich - ohne ein genehmigtes Konzept so weitergewurstelt wird. Nach dem Motto: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt man weiter ungeniert.“

Man muss natürlich sehen, dass auch in Odenthal die steigenden Personal- Sach- und Sozialkosten die regulären Einnahmen deutlich übertreffen. Diese steigen zwar an, aber eben nicht ausreichend. Da müssen relativ hohe kalkulatorische Zinsen und interne, steigende Verrechnungsbeträge für Personal- und Sachaufwendungen in die Gebührenhaushalte zu Gunsten des Verwaltungshaushalts eingerechnet werden. Zinszahlungen und Gewinnabschöpfung beim Wasserwerk, sowie diverse Übertragungen aus dem Vermögenshaushalt werden ebenfalls zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts herangezogen. Eine strukturelle Neuordnung, echte Bemühungen um Einsparungen bei den Personalkosten und Sachkosten, können wir nicht wirklich erkennen. Eine langfristige, nachhaltige Strategie, u.a. auch durch eine erweiterte Kooperation mit dem Kreis und mit den Nachbargemeinden vermissen wir.

Wenn der Haushalt 2004 auch ausgeglichen erscheint, es bleiben erhebliche Risiken. Zusätzliche Ausgaben könnte eine Erhöhung der Kreisumlage bringen, denn wirklich ausgeglichen ist der Kreishaushalt bisher keineswegs. Aber vielleicht wird das aufs nächste Jahr verschoben, die Kommunalwahlen stehen ja bevor. Für 2005 ist auch noch recht unklar, in welchem Ausmaß die vorgesehene Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe – Hartz IV - die Gemeindekasse belasten wird. Erste Kalkulationen sprechen von einer Zusatzbelastung von 3,8 Milliarden EURO für alle Kommunen der Bundesrepublik. Auf NRW sollen angeblich 1,2 Milliarden EURO Zusatzkosten zukommen, und für den Kreis wurden die Mehrkosten auf rund 16 Millionen grob geschätzt.

Bei der Gesamtschau kamen wir in der Fraktion zu dem Ergebnis, dass der Haushalt abzulehnen ist. Den Vorhaben im Vermögenshaushalt könnten wir zwar zustimmen, doch das bringt ja nichts – der Vermögenshaushalt ist Bestandteil des Haushalts 2004, der nur insgesamt bewertet werden kann.

Für die Unterstützung bei der Beratung möchten wir Herrn Stellberg und Herrn Werbter danken, ich denke so manche kleinere Korrektur ist unserer langen, schriftlichen Frage- und Mängelliste zu danken. Auch den übrigen Mitarbeitern der Verwaltung möchten wir an dieser Stelle danken, für Auskünfte, Unterstützung und Hilfen im zurückliegenden Jahr.